

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 16. April 1930

Nummer 90

Die Sozialdemokraten Braun und Waentig stimmen für Brünnings Hungerprogramm!

Die Zollwucher- und Steuergesetze des Reichstags in Kraft getreten

Berlin, 16. April (Eig. Drahtmeld.)
Im Reichsrat stimmten gestern als Vertreter Preußens die Sozialdemokraten Otto Braun und Waentig für alle vom Reichstag angenommenen Zoll- u. Steuergesetze des Bürgerblocks. Nur durch ihre Zustimmung kam eine Mehrheit zustande. Die Gesetze sind in Kraft getreten.

Masken herunter!

... So natürlich war der Reichstag schon gekommen. Jeder mußte, daß die Zukunft der nächsten Jahre von unserer Stimmen abhängt. Die Sozialdemokraten hat bis zum letzten Augenblick einen Masken, ihren Kampf verpöhlert.
... Über all das (Hugenbergers Unfall, D. Koll.) hätte sich bei weitem nicht geirrt, das neue Kabinett am Leben zu erhalten, wenn bei der sozialdemokratischen Fraktion nicht übermäßig eine Masken von 11 Mann vorhanden war.
... Robert Schmidt ist ausgeprochen ein Genossenbrot in Uricub gelassen.
... (Dresdner Volkszeitung) von gestern.
... (Leipziger Volkszeitung) von gestern.

Dresden, den 16. April 1930.

Am Sonnabend wird Brünnings Kabinett mit 11 Stimmen Mehrheit gerettet. 25 sozialdemokratische Abgeordnete fehlten, davon 14 demonstrativ.

Am Montag geht Brünnings Mehrheit bei den entscheidenden Abstimmungen mit 4, 5, 6 und 9 Stimmen Mehrheit durchs Hof. 11 sozialdemokratische Abgeordnete fehlen, zum Teil demonstrativ.

Die oben zitierten Sätze sind beide der sozialdemokratischen Presse Sachsens entnommen. Die eine Zeitung schreibt das Gegenteil von dem, was die andere schreibt. Eine jede sucht sich auf ihre Weise herauszulügen und den SPD-Arbeitern die nackte Tatsache vorzuenthalten, daß selbst die parlamentarische Scheinopposition der SPD vor der Entscheidung über den Sturz des Bürgerblock-Kabinetts zurückgewichen ist und mit Hugenberg und den Nazis eine glänzende Arbeitsteilung zur Rettung Brünnings vollzog.

Wir Kommunisten sind keine parlamentarischen Kreierei. Auch wenn Brüning gestützt worden wäre, hätte sich an der Lage der arbeitenden Klasse so lange nicht geändert, bis daß sie nicht in außerparlamentarischer Schlacht ihre Lebensforderungen erkämpft. Das hat uns dennoch nicht gehindert, auch in diesem Bürgerblock-Reichstag unsere revolutionäre Pflicht zu tun. Nur drei unserer frank darniederliegenden Abgeordneten waren am Montag nicht anwesend.

Anwesend aber waren alle jene Genossen, die bei einer Reichstagsauflösung von den Sädhern SPD-Führern gefaßt und zu jahrelangen Kerkerstrafen verurteilt worden wären.

Die Tatsache, daß sozialdemokratische Abgeordnete bewußt das Brüning-Kabinett retteten, hat schlagend das Wesen der sozialdemokratischen „Opposition“ enthüllt. Noch deutlicher erhellt dieser Oppositionsschwindel aus der von uns oben gemeldeten Abstimmung Brauns und Waentigs im Reichsrat.

Welche Folgerungen aber ziehen die „linken“ SPD-Führer aus dieser Sachlage? Sie verteidigen weiterhin die Partei der Müller, Braun und Waentig als die „einzige wahre Arbeiterpartei“. Sie heken weiter gegen die Kommunisten gemeinsam mit ihrem Ministergenossen.

Sie vertörfen die Arbeiter auf die Zukunft der nächsten Monate und Jahre. Die „Dresdner Volkszeitung“ schreibt gestern:

... Spätestens im Herbst werden wir uns wieder sprechen, und es sollte uns wundern, wenn dieses reaktionäre Kabinett über den Oktober hinaus am Leben bleibt. Bis dahin soll ihm und seinen Trabanten nichts vergehen werden!

Bis im Herbst, Proleten, laßt euch also ausbeuten, bis dahin seid still und duckt euch unter der Peitsche des Bürgerblocks. Nur keine Arbeitskämpfe, nur kein außerparlamentarischer Kampf, sondern wartet ab, bis daß die SPD-Führer euch zur Wahlflicht zusehen, damit die Mandate gerettet werden.

Die SPD-Arbeiter sind empört

Warum Otto Braun nicht gegen die Brüning-Regierung stimmte / Eingekändnisse in der Essener Mitgliederversammlung der SPD / Der Volkspolitiker Schrader niedergeschrien

Ein oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter übermittelte der Redaktion des Essener „Ruhr-Echo“ einen Bericht über die Mitgliederversammlung der Essener SPD vom Donnerstag, dem 10. April, die wiederum die große Unzufriedenheit und Rebellionstimmung der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber der verästelten sozialfaschistischen Politik ihrer Führer offenbarte. Anwesend waren aus ganz Groß-Essen nur 190 Personen (!), so daß die Versammlung schon rein äußerlich das Abwenden der Arbeiter von der Brüning-Regierung demonstrierte.

Der Referent Gerlach aus Düsseldorf erklärte in seinem Referat, daß die SPD den bürgerlichen Parteien bis auf äußerste entgegengekommen sei. Die Biffell und Seewitz seien viel fester gewesen als die Hermann Müller und Hilferding in der Regierung. Als Gerlach auf das Mißtrauensvotum der SPD im Reichstag hinwies, ertönte der Zwischenruf aus den Reihen der Mitglieder:

„Wo waren die 25 Abgeordneten?“

Gerlach erklärte verlegen, er würde später darauf zurückkommen. Gerlach fuhr fort, er müsse zugeben, daß die SPD noch Zugeständnisse in punkto Getreidezölle gemacht habe, aber das Brotgetreide sei ja gar nicht teurer geworden, wie dies die Kommunisten immer schreiben. (Zwischenruf: „Warum diese Zugeständnisse?“) Das liegt daran, daß man Koalitionspolitik treiben müsse (!). Zur Bündniswerturteilung meint Gerlach, es sei nicht von Belang, wenn die Kommunisten ein großes Geschrei wegen der minderwertigen (!) russischen Strohholzhölzer machen. Wenn kein Geld in der Staatskasse sei, dann müsse man derartige Zugeständnisse machen. (!)

Offener Arbeiterprotest

Ein Arbeiter ruft an dieser Stelle: „Ist das eine sonderbare Arbeiterpolitik!“ Er ruft dann noch: „Das ist ja alles Schwimmbell!“ und verläßt während noch Gerlachs Rede die Versammlung.

In der Diskussion sprach der Arbeitsamtsvorstand Weimann und trat mit einer „linken“ Pole auf: Beim Mißtrauensantrag der SPD berühre es sehr peinlich, daß 25 Genossen fehlen. (Zuruf: „Angst vor den Wahlen!“) Es müste ihn auch so an, als wenn man Angst vor Neuwahlen hätte. Weimann schlug dann im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit solche Rezepte vor, wie die Schulpflicht von acht auf neun Jahre hinauszuziehen. Weimann schloß mit der Feststellung, in den neuen Reichstag würden manche SPD-Genossen nicht mehr zurückkehren.

Schurke gegen Sozialfaschisten

Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Spitzenfunktionären der SPD erhielt der berüchtigte Polizeiaffizient Schrader das Wort. Er machte unzusammenhängende Ausführungen. Man konnte ihn nicht verstehen, weil er durch dauernde Jurale unterbrochen wurde. Da die Arbeitermitglieder so wenig Respekt vor seiner sozialfaschistischen Volkseigenschaft hatten, mußte er nach drei Minuten wieder abtreten.

Und schließlich, mit einem Auge zur Großen Koalition in Sachsen schießend, schreibt die „Dresdner Volkszeitung“:

... Der Anschauungsunterricht, den die letzten Tage im Reichstag dem deutschen Volk erteilten, wird das Verständnis für die Kompromißarbeit, die wir in den Parlamenten oft leisten, fördern und erleichtern. In Oesterreich wie in Deutschland, in England wie in Frankreich haben wir ähnliche Situationen: das Bürgertum ist nicht imstande, allein zu regieren; es muß mindestens gelesenen sich die Hilfe der Arbeiterparteien in Anspruch nehmen. Die Situation haben wir auszunutzen.

Das ist also der „Ausweg“ der „Linken“ aus der Krise. Das ist ihr „Kampf“ gegen die Diktatur des Bürgerblocks: Verteidigung der Parteieinheit mit den Seering und Müller, Bestärkung der Arbeiter auf den nächsten Wahlkampf, Vorbereitung der Großen Koalition in Sachsen.

Der Vorsitzende Knipping polemisierte dann gegen Weimann. Es müsse auf Seiten der Arbeitslosen alles getan werden, um der Not des Reiches zu steuern. (!) Die jugendlichen Arbeitslosen müßten aufs Land. Man müsse nicht so mißtrauisch sein, denn zu was würde es führen, wenn keiner bei den Bauern arbeiten wolle. (Pul-Rufe: „Die Jungen arbeiten gern!“) Der Redner wird dauernd unterbrochen und macht schnell Schluß. Ein Zwischenrufer fragt, ob die höheren Staatsbeamten auch zur Erwerbslosenregelung beisteuerten.

In der ganzen Diskussion sprach kein Betriebsarbeiter. Sie äußerten sich nur durch Zwischenrufe.

Im Schlußwort versuchte Gerlach die Unzufriedenheit der SPD-Arbeiter damit zu beschwichtigen, daß er behauptete, ein Teil der fehlenden SPD-Abgeordneten wäre wegen wichtiger Konferenzen entschuldigt gewesen. Dann machte Gerlach folgende ungeheuerliche Eingekändnisse:

„Man kann dem Genossen Hermann Müller nicht verdenken, daß er da nicht mitgestimmt hat. Er war doch eben erst aus der Regierung ausgetreten. Da kann man ihm nicht zumuten, gegen die neue Regierung zu stimmen. (!) Der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun hat aber auch nicht mitgestimmt. Otto Braun ist ein aufrichtiger Mann. Ich persönlich habe ihn gefragt, warum er sich nicht an der Abstimmung beteiligt hätte. Da hat er mir geantwortet: „Denk ich, ich solle mir mein Preußenkabinett zerstückeln?“

Er hat nicht unrecht, denn ihr müßt alle, daß Preußen unsere alleinige Stütze ist.“

Dann wies Gerlach darauf hin, daß es besonders unerhört von den Kommunisten sei, daß sie die Anträge der SPD einbringen und dadurch die SPD lächerlich machen. Gerlach schloß mit der zwischen polizeipolitischen Ankündigung:

„Wenn wir auch ungewissen Zeiten entgegengehen, die Kommunisten werden wir nicht zu fassen werden lassen. Wir werden dafür sorgen, daß denen die Säume nicht in den Himmel wachsen.“

Wie tief enthüllte sich in dieser Versammlung der Gegensatz zwischen diesen hochbezahlten sozialfaschistischen Arbeiterverrätern und den schlechtbezahlten ausgebeuteten Arbeitermitgliedern der SPD! Wir werden nicht unterlassen an diese Tatsache immer wieder anzuknüpfen. Es ist unsere Aufgabe, den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, daß sie von diesen Führern nichts als Verrat um der gegenwärtigen oder kommenden Ministerien willen zu erwarten haben.

Die sozialfaschistische Volkswacht in Essen verschweigt in ihrem Bericht über die Mitgliederversammlung alle Zwischenrufe und unterschlägt die ganze Diskussion. Nur durch die kommunistische Presse können die SPD-Arbeiter die Wahrheit über die eigene Versammlung erfahren.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich mit ihren kommunistischen und parteilosen Klassengenossen zur Einheitsfront im Betrieb für den Kampf um ihre proletarischen Lebensforderungen zusammenschließen.

Sind mit einer solchen Politik die SPD-Arbeiter einverstanden? Wollen sie sich noch weiter den Oppositionsmandatieren ihrer „linken“ Führer ausliefern? Sollen sie nicht ein, daß es jetzt an der Zeit ist, dem Steuer- und Zollwucher des Brüning-Kabinetts durch außerparlamentarischen Kampf zu wehren, indem sie die Hungertaxe durchbrechen, den Kampf führen um höheren Lohn und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich? Sollen sie nicht endlich ein, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, daß die kommunistische Partei die einzige Führung sind im wirklichen Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalisten? Werden sie ihre Erkenntnisse manifestieren in der Verteidigung der roten Betriebsräte, in der Verteidigung der Gewerkschaftsopposition gegenüber dem Terror der Bürokratie, im Massenaufruch am 1. Mai unter kommunistischem Banner?